

Den freien Austausch schützen

Die Rolle der Gerichte in Brasilien

In den letzten Jahren konnte vielerorts beobachtet werden, wie Demokratie in die Defensive geriet. Diese Prozesse gingen oft einher mit der Verbreitung von digitaler Desinformation. Dies ist nur einer von vielen Aspekten demokratischen Rückschritts, doch das Thema hat eine zentrale Rolle im öffentlichen Diskurs angenommen. Clara Iglesias Keller und Diego Werneck Arguelhes zeigen am Beispiel Brasiliens: Im Kampf gegen Desinformation kommt gerade der Justiz große Bedeutung zu.

Clara Iglesias Keller und Diego Werneck Arguelhes

Wie, wo und warum enden Demokratien? Diese Fragen stellen sich Rechts- und Politikwissenschaftler*innen in einer Zeit der weltweiten demokratischen Rezession. Das Narrativ der demokratischen Rezession umfasst verschiedene Phänomene. In Venezuela und Ungarn waren es graduelle Prozesse, die in Regimewechseln endeten. Anderorts ist es der Verlust an Stabilität oder Qualität politischer Institutionen – dies zeigt sich aktuell nicht nur in sich festigenden, sondern auch in gefestigten Demokratien (Brasilien, Polen und den Philippinen bzw. Großbritannien und den USA). Um den schleichenden Charakter der Prozesse besser zu erfassen, haben Wissenschaftler*innen sowohl bekannte Konzepte wie „Populismus“ und „Autoritarismus“ an die aktuelle Realität angepasst als auch neue entwickelt. Die Rede ist dann vom „demokratischen Rückschritt“ (democratic backsliding) oder von einer „Verfassungserosion“.

Die amerikanische Politikwissenschaftlerin Nancy Bermeo definiert demokratischen Rück-

schritt als „vom Staat ausgehende Schwächung oder Beseitigung der politischen Institutionen, die eine Demokratie aufrechterhalten“. Das Phänomen kann unterschiedliche Formen annehmen – je nach politischen, sozialen und kulturellen Umständen. Dennoch lassen sich Gemeinsamkeiten identifizieren. Demokratischer Rückschritt ist typischerweise in sozialen und wirtschaftlichen Krisen zu beobachten, in denen autoritär ausgerichtete Führungspersonlichkeiten durch demokratische Wahlen an die Macht gelangen. Danach übernehmen oder begrenzen sie kontrollierende Institutionen, wie etwa die Justiz, und untergraben die Rechte der Opposition oder schutzbedürftiger Minderheiten.

Digitale Technologien gelten dabei oft als zentrales Instrument für extremistische Botschaften, politische Polarisierung und Desinformation – insbesondere in Zeiten des Wahlkampfs, aber auch darüber hinaus. Die empirischen Belege für einen Zusammenhang zwischen Desinformation und einer Gefährdung der Demokratie sind schwach. Trotzdem stehen soziale Netz-